

Verbot des Führens von Anscheinswaffen und bestimmten tragbaren Gegenständen (§ 42 a WaffG)

§ 42 a WaffG verbietet das Führen von Anscheinswaffen und bestimmten tragbaren Gegenständen. Der Besitz ist weiterhin möglich. Er stellt eine Ergänzung zu den bestehenden Verboten der Waffenliste (Anlage 2, Abschnitt 1 zum Waffengesetz) dar.

Es ist verboten ...

- **Anscheinswaffen**,
- **Hieb- und Stoßwaffen** (Gegenstände, die ihrem Wesen nach dazu bestimmt sind, unter unmittelbarer Ausnutzung der Muskelkraft durch Hieb, Stoß, Stich, Schlag oder Wurf Verletzungen beizubringen),
- **Messer mit einhändig feststellbarer Klinge** (Einhandmesser) oder **feststehende Messer** mit einer Klingenlänge über 12 cm zu führen.

Berechtigtes Interesse

Ein berechtigtes Interesse liegt insbesondere vor, wenn das Führen der Gegenstände im Zusammenhang mit der Berufsausübung erfolgt, der Brauchtumpflege, dem Sport oder einem allgemein anerkannten Zweck dient.

(Unerlaubter Umgang: Ordnungswidrigkeit § 53 I Nr. 21 a WaffG)

Das Verbot gilt nicht ...

- für die Verwendung bei **Foto-, Film- oder Fernsehaufnahmen oder Theateraufführungen**,
- für den **Transport in einem verschlossenen Behältnis**,
- für das **Führen von den genannten Hieb- und Stoßwaffen und den Messern, sofern ein berechtigtes Interesse vorliegt**. Weitergehende Regelungen bleiben unberührt.

Die Landesregierungen sind ermächtigt das Führen von Waffen oder von Messern mit feststehender oder feststellbarer Klinge mit einer Klingenlänge über vier Zentimeter an bestimmten Orten zu verbieten oder zu beschränken, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass das Verbot oder die Beschränkung zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist. Ausnahmen sind mit berechtigten Interessen zulässig.